

Frank H a d l e r

Die Ungarische Räterepublik als Problem in der tschechoslowakischen Außenpolitik

"Der einzige mitteleuropäische Staat, der sich auf Dauer der neuen Ordnung in Mitteleuropa entgegenstellt und dessen Verhältnis zur Tschechoslowakei deshalb bis in die letzte Zeit zahlreiche Krisen und Schwierigkeiten durchlief, ist Ungarn."¹ Diese Einschätzung aus einer offiziellen Zehnjahresbilanz der tschechoslowakischen Außenpolitik verdeutlicht die besondere Bedeutung Ungarns in der auswärtigen Politik der ersten tschechoslowakischen Republik. Kein anderer ihrer Nachbarstaaten, weder Deutschland noch Österreich noch Polen, hat die Entstehung der Tschechoslowakei mit größerem Argwohn betrachtet als Ungarn.

Zentraler Punkt der tschechoslowakisch-ungarischen Auseinandersetzungen war die territoriale Zugehörigkeit der Slowakei, die bis zum Zerfall der Österreichisch-Ungarischen Monarchie zum Hoheitsgebiet des ungarischen Staates gehörte. Die Auffassung führender tschechoslowakischer Politiker von der Slowakei als einem originären Bestandteil der Tschechoslowakei war unvereinbar mit dem ungarischen Bestreben nach einer möglichst weitgehenden Wiederherstellung des territorialen Vorkriegszustandes Translaithaniens. Diese sich ausschließenden Positionen, die zusätzlich durch die Forderungen der Prager Regierung nach der Karpato-Ukraine belastet wurden, bestimmten zum Großteil die tschechoslowakisch-ungarischen Beziehungen in der Zwischenkriegszeit.

Zum Zeitpunkt, da in Budapest die Räteregierung errichtet wurde, vollzog sich in der tschechoslowakischen Außenpoli-

tik eine Schwerpunktverlagerung auf Probleme, die sich aus den konkreten Beziehungen zu den Nachbar- und Nachfolgestaaten ergeben hatten. Unabdingbare Voraussetzung für ihre Lösung war die definitive Anerkennung des territorialen Machtbereichs des tschechoslowakischen Staates durch die Pariser Friedenskonferenz. Der Hoheit der Prager Regierung über die historischen Länder der böhmischen Krone und die Slowakei hatten die in der französischen Hauptstadt versammelten Spitzenpolitiker der imperialistischen Hauptmächte bereits in den ersten Konferenzwochen zugestimmt. Damit fand die durch die Schaffung eines Interessenausgleichs mit den westlichen Großmächten bestimmte Anfangsphase der tschechoslowakischen Außenpolitik ihren Abschluß.² Nicht mehr allein das Verhältnis zu den alliierten Mächten bildete fortan den Inhalt der von Eduard Beneš geleiteten auswärtigen Politik der Tschechoslowakei. Die Schaffung von "korrekten und loyalen Beziehungen"³ mit den Nachbarstaaten rückte zunehmend auf die außenpolitische Tagesordnung.

Die Beziehungen zum südlichen Nachbarn, Ungarn, gestalteten sich bereits unmittelbar nach der Entstehung des tschechoslowakischen Staates überaus problemgeladen. Trotz massiven Widerstands der ersten, von Graf Károlyi geführten ungarischen Nachkriegsregierung gegen den Verlust der von Slowaken bewohnten nördlichen Komitate an den tschechoslowakischen Staat verwirklichte die Prager Regierung mit diplomatischer Rückendeckung ihres in Paris agierenden Außenministers die Angliederung der Slowakei durch ein "ohne Lärm vollzogenes fait accompli"⁴, noch bevor die Friedenskonferenz in Paris begonnen hatte. Da Frankreichs oberster Militär, Marschall Foch, diesem Vorgehen bereits Mitte November zugestimmt hatte,⁵ fiel es Beneš nicht schwer, auch mit dem Quai d'Orsay zu einer Übereinkunft zu gelangen. Am Weihnachtstage 1918 wurde Károlyi in einer Note mitgeteilt, daß die Slowakei zum tschechoslowakischen Staat gehöre und sich die ungarischen Truppen bis hinter eine an Donau und Ipoly verlaufende Demarkationslinie zurückzuziehen haben, die in etwa der ethnographischen

Grenze entsprach.⁶ Dieser Zustand wurde von Beneš im tschechoslowakischen Generalexposé an die Friedenskonferenz am 5. Februar 1919 als anerkanntes Faktum dargestellt, über das nicht mehr zu "disputieren" sei.⁷ Auf eine sofortige Anfrage des britischen Premiers Lloyd George, ob alle Mitglieder des Zehnerrates, des Leitungsorgans der Pariser Konferenz, dieser Meinung seien, gab es keine ablehnende Antwort.⁸ Die Slowakei gehörte somit de facto zum Staatsterritorium der Tschechoslowakei. Unklar blieb indes der genaue Verlauf der Grenze. Während Beneš darauf bestand, daß die Tschechoslowakei ein Donauanrainerstaat sein müsse und sich demnach unter Umständen mit einem Grenzverlauf an der Donau zufrieden geben würde, gab es namhafte und einflußreiche Stimmen in der tschechoslowakischen Regierung, z.B. Kramář, die die Grenze südlich des Kohlerevieres von Salgótarján gezogen sehen wollten. Bis auf den Bratislava vorgelagerten Brückenkopf Petržalka und die Donauinsel Große Schütt (Žitný ostrov) flossen diese maximalistischen Forderungen nicht in die offiziellen Verlautbarungen der tschechoslowakischen Friedensdelegation ein. Eine Anerkennung war aufgrund der relativ proungarischen Haltung Großbritanniens und Italiens, die in jeder territorialen Machterweiterung der Tschechoslowakei eine übermäßige Stärkung des französischen Einflusses in der Region erblickten, schwer denkbar.

Die Errichtung der Räteregierung in Budapest brachte mehr als nur Erregung in den Verlauf der Pariser Friedenskonferenz. Die inneralliierten Widersprüche in bezug auf die Politik gegenüber den Verlierern des Weltkrieges, zu denen auch Ungarn zählte, erreichten bereits wenige Tage nach dem Regierungsantritt Béla Kuns einen Höhepunkt. Am 24. März spaltete sich der Rat der Zehn in den Rat der Vier (Wilson, Clemenceau, Lloyd George und Orlando) sowie den Rat der Fünf (Außenminister der Hauptmächte). Massiv prallten die Haltungen Frankreichs und Großbritanniens aufeinander. Während das Quai d'Orsay härteste Friedensbedingungen durchgesetzt haben wollte, hielt es die Londoner Regierung für günstiger, den ehema-

ligen Kriegsgegnern "einen Frieden an(zu)bieten, der, indem er gerecht ist, für alle vernünftigen Menschen der Alternative des Bolschewismus vorzuziehen sein wird".⁹ Die Angst vor dem Bolschewismus war in den bürgerlichen Regierungen Europas allgegenwärtig. Dennoch unterschieden sich die Formen des Vorgehens gegen ihn erheblich.

Sofort im März war die militärische Führung Frankreichs bereit, in Ungarn zu intervenieren. Der tschechoslowakische Außenminister bot dazu die tatkräftige Unterstützung seines Staates an. Am 26. März bat Beneš seinen französischen Amtskollegen Pichon, die Tschechoslowakei "in eine eventuelle Intervention, in jeglichen Krieg, der von Seiten der Alliierten oder Frankreich unternommen wird, einzubeziehen".¹⁰ Zwei Aspekte spielen bei der Beurteilung dieser Haltung der tschechoslowakischen Außenpolitik eine wichtige Rolle. Erstens war sie bestrebt, den auf der gemeinsamen, klassenmäßig bedingten Ablehnung der Oktoberrevolution und ihrer revolutionären Folgen gegründeten Interessenausgleich mit den Westmächten zu erhalten; zweitens ergab sich durch eine von den Alliierten geführte Intervention gegen Räteungarn eine günstige Gelegenheit, alle gegen Ungarn gehegten territorialen Forderungen doch noch verwirklichen zu können. Namentlich der erste Aspekt ist für das Gesamtverständnis der unmittelbaren Entwicklung in Mitteleuropa nach dem ersten Weltkrieg von Bedeutung. Am konkreten Beispiel der tschechoslowakischen Außenpolitik wird erkennbar, daß nach der Oktoberrevolution in Rußland eine neue Qualität der internationalen Beziehungen entstanden war. In Reaktion auf die erste siegreiche proletarische Revolution und auf weitere revolutionäre Umbrüche in Europa entstand ein neues internationales Beziehungsgefüge, das durch die Systemauseinandersetzung gekennzeichnet war, auch wenn Sowjetrußland zu diesem Zeitpunkt noch nicht als Subjekt daran teilhatte.

In Paris, wo man am 22. März von der Errichtung der Rätewacht in Ungarn Nachricht bekam, setzten sich zunächst jene Kräfte in der Konferenzleitung durch, die für eine nicht-

militärische Beilegung der "ungarischen Krise" eintraten. Das kam einer Niederlage des tschechoslowakischen Hauptverbündeten Frankreich gleich. Anfang April wurde statt einer von Rumänien und der Tschechoslowakei unterstützten Intervention beschlossen, daß eine von General Smuts geleitete Delegation der alliierten Mächte Kontakt zur Regierung Béla Kuns aufnahm. Zu den Zielen der Smuts-Mission kann an dieser Stelle nur darauf verwiesen werden, daß neben der Festlegung der definitiven ungarischen Grenzen auch die Möglichkeit ausgetestet werden sollte, "ob es sich", wie der Teilnehmer der Mission Harold Nicolson schrieb, "nicht lohnt, Béla Kun dazu zu benutzen, um mit Moskau in Fühlung zu kommen".¹¹ Die Beratungen zwischen Smuts und Kun am 4. und 5. April in Budapest erbrachten die faktische Ablehnung der alliierten Vorschläge, die entsprechend dem Vyx-Ultimeatum vom 20.3. auf die Schaffung einer neutralen Zone zwischen Ungarn und Rumänien zielten und bei Anerkennung die Aufhebung der Blockade in Aussicht stellten.

Die ablehnende Haltung der Räteregierung ließ die Interventionspläne wieder an Gewicht gewinnen. Mitte April überschritten rumänische Truppen die ungarischen Grenzen. Am 27. April marschierten tschechoslowakische Streitkräfte in Übereinstimmung mit Foch - der sich laut Lloyd George nicht mit den anderen Alliierten beraten hatte -¹² im Norden Ungarns mit dem Ziel ein, sich mit den Rumänen zu vereinigen. Ohne ausführlich auf den militärischen Verlauf des Interventionskrieges eingehen zu können,¹³ soll nicht unerwähnt bleiben, daß die Großmächte - solange sich die Interventionstruppen im Vormarsch befanden - kein besonderes Interesse an diesen Ereignissen zeigten. In der zweiten Hälfte des Mai indes - die Vereinigung der beiden Interventionstruppen, die seit Ende April auch von jugoslawischen Verbänden unterstützt wurden, konnte nicht erreicht werden - ging die Rote Armee zur Gegenoffensive über. Hauptstoßrichtung war der Norden, also die Slowakei. Dieser Fakt gab der Argumentation der Prager Regierung Nahrung, daß der ungarische Bolschewismus eine neue Form des ungarischen Nationalismus und gegen den tschecho-

slowakischen Staat gerichtet sei. Eine Einschätzung, die sich mit dem Eindruck von Smuts deckte, der in einem Gespräch mit Nicolson ausführte: "Kun wäre gerne bereit zu einem Abkommen mit den Mächten, aber da er durch eine Bewegung ans Ruder gekommen ist, die in Wahrheit eine nationalistische ist, fürchtet er, gestürzt zu werden, wenn er uns ganz und gar zu Willen ist. Es scheint, daß seine Rote Armee in Wirklichkeit immer noch von den Leuten des alten Regimes befehligt wird und daß sie nur deshalb mit Béla Kun zusammengehen, weil sie sich sagen, daß er trotz seines Bolschewismus für Ungarn kämpft."¹⁴

Als Anfang Juni die ersten Nachrichten vom Vormarsch der Roten Armee nach Paris gelangten, rückte die ungarische Problematik schlagartig wieder ins Blickfeld der Friedenskonferenz, auch wenn in diesen Wochen die Frage nach einer möglichen Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages durch Deutschland im Mittelpunkt des Konferenzinteresses stand. Namentlich Frankreichs Premier Clemenceau drängte auf eine Entscheidung der Großmächte in bezug auf Ungarn. Am 8. Juni verabschiedeten sie eine Note, in der die Beendigung der Kampfhandlungen gefordert wurde. Die Prager Regierung bezeichnete sie noch am selben Tag als Schritt "zu rechten Zeit", der "sehr gut wirkt".¹⁵ Einen Tag später zeigte sich auf der Beratung des Rates der Vier, wie sehr die Positionen der einzelnen Großmächte in dieser Frage differierten. Während Frankreich der militärisch gescheiterten Tschechoslowakei diplomatisch unter die Arme greifen wollte, um den eigenen Einfluß in der Region zu sichern, unterstützte Italien die ungarische Seite nach verschiedenen Quellen auch mit Waffen.¹⁶ Lloyd George verkündete, daß die "Tschechoslowaken die ganze Schuld haben", da sie die Demarkationslinie von Ende 1918 überschritten hatten.¹⁷ Beneš und Kramář, die am 10. Juni vor den Rat der Vier geladen wurden, vertraten unterschiedliche Standpunkte zu diesem Vorwurf. Nachdem der Ministerpräsident verkündet hatte, daß ein Überschreiten der Demarkationslinie nicht geplant war, die Bedrohung seines Landes durch den ungarischen Bolschewismus jedoch diesen Schritt erforderlich machte, gestand Beneš

ein, daß einige Fehler gemacht worden sind.¹⁸ Zwei Tage später telegraphierte er nach Prag, daß er aufgrund einiger ihm in Paris zugänglicher Informationen der Meinung sei, "daß wir vor dem Angriff der Magyaren nicht ganz ohne Schuld waren."¹⁹ Die militärische Führung in der Tschechoslowakei reagierte auf die Schulduzuweisungen durch die Alliierten sehr gereizt. Ein ungewöhnlich umfangreiches Schreiben des Verteidigungsministers Václav Klofáč an Beneš vom 14. Juni begann mit den Worten: "Es ist geradezu unglaublich, wie blind und taub der Rat der Vier ist".²⁰ Im weiteren bekräftigte er die bereits von Kramář vertretene Position des notwendigen Präventivschlages gegen den ungarischen Bolschewismus.

Während in Paris in jenen Tagen über die definitive Demarkationslinie zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn verhandelt und entschieden wurde,²¹ rückte die ungarische Rote Armee bis an die polnische Grenze zur Slowakei vor. Am 16. Juni wurde in Prešov die Slowakische Räterepublik ausgerufen. Diese revolutionäre Entwicklung erschütterte die von der tschechoslowakischen Außenpolitik ständig wiederholte These von der besonderen Bedeutung der Tschechoslowakei im internationalen Kampf gegen die "Anarchie des Bolschewismus". Das Bild einer "Insel der Ruhe und Ordnung", das sie in zahlreichen Verlautbarungen zeichnete, wurde sehr getrübt. Frankreich versuchte dennoch seinen Einfluß im wirtschaftlich stärksten Nachbarstaat mit allen Mitteln zu erhalten. Es unterstützte die Forderungen der Prager Regierung nach Waffenlieferungen²¹ und übernahm selbst die militärische Führung der tschechoslowakischen Armee. Der Chef der seit Januar 1919 bestehenden französischen Militärmission, General Pallé, wurde am 4. Juni Oberbefehlshaber.²³ Die italienische Mission, deren Chef Piccione bis dahin die militärischen Aktionen in der Slowakei befehligt hatte, wurde abgezogen.

Im Ergebnis der Pariser Note wurden die Kampfhandlungen an der tschechoslowakisch-ungarischen Front am 24. Juni eingestellt. Die Rote Armee zog sich aus der Slowakei zurück - womit das Ende der Slowakischen Räterepublik einherging. Die

tschechoslowakischen Truppen bezogen am 6. Juli Stellung an der vom Rat der Vier am 12. Juni festgelegten Demarkationslinie²⁴, die in einigen Punkten Vorteile für die Tschechoslowakei brachte - z.B. die Große Schütt, über die Smuts während seiner Mission am 7. April in Prag mit Staatspräsident Masaryk verhandelt hatte.

Die rumänischen Truppen setzten indes ihre militärischen Aktionen fort. Sie marschierten weiter bis nach Budapest.²⁵ Die von Beneš mit Blick auf diese Entwicklung bereits am 30. Juli in einem Telegramm nach Prag geäußerte Bemerkung, "sollten die Rumänen tatsächlich auf Budapest marschieren, hätte ich nichts dagegen, wenn auch Sie gingen"²⁶, zeigt, daß die tschechoslowakische Außenpolitik auch nach der militärischen Niederlage nicht frei war von einer antiungarischen Grundhaltung. Aus den Juniereignissen hatte Beneš lediglich gefolgert, daß er für künftige Unternehmungen gegen Ungarn "um jeden Preis entweder die Aufforderung der Konferenz oder die Versicherung haben müsse, daß sie nichts gegen uns unternimmt".²⁷

Die gescheiterte Intervention gegen die Ungarische Räterepublik hatte für den tschechoslowakischen Staat einen erheblichen Prestigeverlust in den Reihen der alliierten Regierungen zur Folge. Die Haltungen namentlich Londons und Roms zeigten deutlich die Grenzen auf, die der ehrgeizigen, auf Eigenständigkeit zielenden Außenpolitik der als Siegerstaat des Weltkrieges anerkannten Tschechoslowakei von Anfang an gesetzt waren.

Anmerkungen

- 1 Deset let Československé Republiky, Bd. I, Prag 1928, S. 65.
- 2 Vgl. F. Hadler, Die Anfänge der tschechoslowakischen Außenpolitik (1914-1919), Diss. A, Berlin 1989, S. 219 ff.
- 3 Beneš vor der Tschechoslowakischen Nationalversammlung in Prag am 30.9.1919, E. Beneš, Problémy nové Evropy a

zahraniční politika Československa, Projevy a úvahy z r. 1919-1924, Prag 1924, S. 31

- 4 Beneš an Kramář, Paris 28.11.1918; ders., Světová válka a naše revoluce, Bd. III, Prag 1929, Dok. 215, S. 534
- 5 Beneš an Kramář, Paris, 14.11.1918, Archiv federálního ministerstva zahraničních věcí Prag (AFMZV), Parížský Archiv (PA), sv. 108, c. 12135
- 6 Vgl. H. Klepetař, Seit 1918 ... Eine Geschichte der Tschechoslowakischen Republik, Mährisch-Osttau 1937, S. 29; E. Strauß, Die Entstehung der Tschechoslowakischen Republik, Prag 1934, S. 315
- 7 Vertraulicher Bericht über das Auftreten der tschechoslowakischen Delegation vor dem Rat der Zehn, Paris 7.2.1919, AFMZV, PA sv. 43, C. 4725
- 8 Klepetař, Seit 1918, S. 52
- 9 Memorandum des britischen Premierministers Lloyd George über die Friedensbedingungen ("Dokument von Fontainbleau"), in Handbuch der Verträge 1871-1964, hg. von H. Stoecker unter Mitarbeit von A. Rüger, Berlin 1968, S. 182
- 10 Zit. nach O Československé zahraniční politice 1918-1939 (sborník statí) hg. von V. Soják, Prag 1956, S. 48
- 11 H. Nicolson, Friedensmacher 1919, Berlin 1934⁵, S. 281
- 12 P.S. Wandycz, France and her Eastern Allies 1919-1925, French-Czechoslovak-Polish Relations from the Paris Peace Conference to Locarno, Minneapolis 1962, S. 70
- 13 Vgl. V. Král, Intervenční válka Československé buržoazie proti Maďarské sovětské republiky v roce 1919, Prag 1953
- 14 Nicolson, Friedensmacher, S. 287
- 15 Štěpánek an Beneš, Prag, 8.6.1919, AFMZV, PA sv. 87, Č. 10603
- 16 Bericht über die politische Lage in Ungarn, Wien 1.6.1919, ebenda, sv. 23, c. 2592
- 17 Wandycz, France and her Allies, S. 70
- 18 Ebenda
- 19 Beneš an Štěpánek, Paris 12.6.1919, AFMZV, PA sv. 83, Č. 9444

- 20 Klofáč an Beneš, Prag, 14.6.1919, ebenda, sv. 31, č. 3568
- 21 Zpráva o rozhodnutí Nejvyšší rady Spojenců ze dne 12. června 1919 o úpravě hranic mezi Uherskem und státem ceskoslovenským, AFMZV, Mirová konference a reparace 1918-1938, č. inv. 85, krab. 47
- 22 Vgl. Beneš an Klofáč, Paris 7.6.1919, AFMZV, PA sv. 109, č. 12365
- 23 Wandycz, France and her Allies, S. 71
- 24 Vgl. M. Romportlová, ČSR a Maďarsko 1918-1938. Bezprostřední vývojová báze a průběh obchodně politických vztahů, Brno 1986, S. 43
- 25 Vgl. A. Gajanová, ČSR a středoevropské politika velmocí 1918-38, Prag 1967, S. 38
- 26 Beneš an Tusar, Paris, 30.7.1919, AFMZV, PA, sv. 83, č. 9509
- 27 Ebenda